

Public Choice

Ergebnisse der letzten zehn Jahre

Prof. Dr. Bruno S. Frey, Zürich

Die Grundsteine der Ökonomischen Theorie der Politik oder von Public Choice wurden in den Werken von Arrow (Präferenzaggregation), Downs (Parteienwettbewerb), Buchanan und Tullock (Verfassung), Olson (Gruppen) und Niskanen (Bürokratie) gelegt. In den 70er Jahren wurde die Analyse verfeinert und erfolgreich empirisch überprüft. Im letzten Jahrzehnt wurden die Ökonomische Theorie der Verfassung und die Theorie Politischer Konjunkturzyklen (politisch-ökonomischer Modelle) wesentlich weiterentwickelt. Als neue Bereiche haben sich die Rentensuche (rent seeking) und die Internationale Politische Ökonomie etabliert.

Prof. Dr. Bruno S. Frey ist o. Professor für Sozialökonomie an der Universität Zürich. Bevorzugte Forschungsgebiete: Außermarktliche Ökonomik (Ökonomische Theorie der Politik, Umweltökonomie, Kunstökonomie), Theorie der Wirtschaftspolitik, sowie Beziehungen zwischen Ökonomie und Psychologie.

1. Phasen der Entwicklung

Die Grundsteine der „Ökonomischen Theorie der Politik“, die heute im deutschen Sprachraum meist als „Public Choice“ bezeichnet wird, wurden Ende der 50er und im Laufe der 60er Jahre gelegt. Fünf Bücher haben in einer ersten Phase die Richtung entscheidend geprägt und die wichtigsten Forschungsgebiete definiert:

(1) Arrow hat gezeigt, daß sich die Wünsche (Präferenzen) der Individuen im allgemeinen nicht zu einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion zusammenfassen lassen, ohne daß logische Widersprüche entstehen. Die Eigenschaften unterschiedlicher Abstimmungssysteme wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls untersucht.

(2) Gemäß Downs verfolgen Politiker nicht das gesellschaftliche Wohl, sondern ihren Eigennutzen. In erster Linie wollen sie ihre Wiederwahl sichern. Die Konkurrenz zwischen verschiedenen Parteien sorgt dafür, daß die Wählerwünsche im politischen Prozeß berücksichtigt werden.

(3) Buchanan und Tullock haben betont, daß das beobachtete Verhalten der Individuen, Firmen und Gruppen wesentlich durch die in der Verfassung festgelegten Regeln bestimmt wird. Eine Einigung über diese „Spielregeln“ gesellschaftlichen Umgangs ist hinter dem „Schleier der Ungewißheit“ möglich.

(4) Olson hat auf das Trittbrettfahrerproblem aufmerksam gemacht, das beim Anbieten öffentlicher Güter auftritt, und daraus abgeleitet, unter welchen Bedingungen sich Gruppen (die weitgehend öffentliche Güter anbieten) organisieren können.

(5) Niskanen hat die Eigennutzannahme auf das Verhalten privater und vor allem staatlicher Bediensteter angewandt. Bürokraten sind nicht Staatsdiener, die ausschließlich das gesellschaftliche Wohl verfolgen, sondern sie bevorzugen Maßnahmen, die ihre eigene Bedeutung und Aufstiegschancen (Einkommen) erhöhen und ihnen ein möglichst angenehmes Leben ermöglichen.

Diese fünf Marksteine haben ihre Bedeutung behalten; ihr gemeinsames Thema ist, daß sich die Menschen nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Raum rational verhalten und ihren eigenen Nutzen zu fördern versuchen: Das gilt für Politiker, Bürokraten, Wähler und Vertreter von Interessengruppen.

In der zweiten Phase der Entwicklung von Public Choice sind die aufgeführten Themen ausgearbeitet und mit Erfolg empirisch getestet worden. Der Ansatz wurde anfänglich von Vertretern der traditionellen Wirtschaftstheorie, die vor allem in der Nachfolge von Keynes dem Gemeinwohlgedanken verhaftet waren, heftig bekämpft. Im Laufe der 70er Jahre ist die „Ökonomische Theorie der Politik“ jedoch zunehmend zur Kenntnis genommen worden.

Die hier diskutierte dritte Phase der Entwicklung — in den 80er Jahren — ist durch den Eingang in die traditionelle Wirtschafts- und Sozialwissenschaft (Abschn. 2), die Weiterentwicklung einiger zentraler Gebiete (Verfassungstheorie und Politische Konjunkturzyklen, Abschn. 3) und neuen Theorien (Rent-Seeking und Internationale Politische Ökonomie, Abschn. 4) gekennzeichnet.

2. Einbezug in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

2.1. Allgemeine Anerkennung in der Wirtschaftswissenschaft

Die „Ökonomische Theorie der Politik“ hat sich in den 80er Jahren vollständig durchgesetzt. Sie wird bei wissenschaftlichen Erörterungen als eine Selbstverständlichkeit einbezogen. Umgekehrt gibt sich derjenige der Lächerlichkeit preis, der behauptet, Regierungen und Bürokraten würden die gesellschaftliche Wohlfahrt maxi-

mieren. Sich auf den rein wirtschaftlichen Bereich zu beschränken und die politischen Reaktionen zu vernachlässigen, gilt heute als nicht mehr akzeptabel. Entsprechend werden solche Aspekte auch nicht mehr als allein zum Gebiet der Politikwissenschaft gehörend betrachtet.

Bei der praktischen Anwendung wird die politisch-ökonomische Betrachtung allerdings der rein wirtschaftlichen Analyse oft nur nachträglich angehängt. Noch immer werden völlig exogene normative Erwägungen, vor allem die Pareto-Effizienz der herkömmlichen Wohlfahrtstheorie, eingeführt und die Politikalternativen auf deren Grundlage eingeschätzt. Die Ergebnisse werden dann einfach den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt, die eine endgültige Auswahl zu treffen haben. Dieser Ansatz greift zu kurz, weil unberücksichtigt bleibt, daß das Verhalten der Entscheidungsträger durch die (hauptsächlich in der Verfassung festgelegten) Regeln beeinflusst wird, d.h. wenig oder keine Nachfrage nach einer derartigen Beratung durch Ökonomen besteht (außer zur nachträglichen Rechtfertigung bereits getroffener Entscheidungen).

Als äußeres Zeichen der Anerkennung von „Public Choice“ in der Nationalökonomie mögen deren Berücksichtigung in Lehrbüchern der Wirtschaftstheorie, Finanzwissenschaft und Theorie der Wirtschaftspolitik, aber auch die an Arrow (für die Präferenzaggregation) und Buchanan (für die ökonomische Verfassungstheorie) verliehenen Nobelpreise gelten.

2.2. Verbindung mit anderen Gebieten der Ökonomie

Die „Public Choice“-Theorie ist mit einigen wichtigen neuen Entwicklungsrichtungen der Wirtschaftstheorie verschmolzen. Zu nennen sind insbesondere die Theorie der Eigentumsrechte, die Theorie der Transaktionskosten und der Principal-agent-Beziehungen, die neue Wirtschaftsgeschichte und die neue Institutionenökonomie.

Beispielhaft sei ein Thema aus letzterem Bereich gewählt. Wie im Rahmen der Theorie der Präferenzaggregation gezeigt wurde, sind gesellschaftliche Entscheidungen, die anhand einfacher Mehrheit (aber auch anderer Regeln) getroffen werden, instabil: Jede Entscheidung für eine bestimmte Alternative kann durch Einführung einer neuen Alternative aufgehoben werden (Abstimmungszyklen). Aus diesem Grund sind die Institutionen entscheidend, die bestimmen, wer Alternativen zur Abstimmung vorlegen darf und wann der Prozeß abgebrochen wird, d.h. wann eine Entscheidung als „endgültig“ bezeichnet wird. Stabilität oder ein Gleichgewicht von gesellschaftlichen Entscheidungen wird somit durch geeignete Institutionen herbeigeführt (structure induced equilibrium).

Die „Ökonomische Theorie der Politik“ wird heute als ein Teil der Außermarktlichen Ökonomik angesehen. Sie nimmt im Rahmen der (wesentlich durch Becker geprägten) ökonomischen Analyse gesellschaftlicher Probleme eine dominante Stellung ein. Dazu gehören die Ökonomische Analyse des Rechtes (Law and Economics) und der Kriminalität, die Ökonomik der Familie und speziell

der Frau, die Ökonomik von Kunst und Sport, sowie die Umwelt- und Gesundheitsökonomik. In Kontinentaleuropa werden diese Wissenschaftsgebiete zuweilen auch als „Neue Politische Ökonomie“ bezeichnet.

2.3. Verbindung zu anderen Sozialwissenschaften

Der auf die Politik angewandte Rationalansatz von Public Choice ist in den 80er Jahren auch von der Politologie und Soziologie aufgenommen worden. Besondere Verbreitung haben Olsons Theorien des Trittbrettfahrens und der Organisierbarkeit von Gruppen, aber auch Theorien des Regierungsverhaltens gefunden. Häufig ist nicht festzustellen, ob ein wissenschaftlicher Beitrag von einem Ökonomen, Politologen oder Soziologen stammt, was auf den interdisziplinären Charakter von Public Choice hinweist. Interdisziplinarität bedeutet hier die Verwendung eines gemeinsamen Ansatzes, der auf dem methodologischen Individualismus und dem Rationalverhalten beruht.

3. Weiterentwicklung zentraler Gebiete

In den letzten zehn Jahren wurde vor allem die Theorie der Verfassung und der Politischen Konjunkturzyklen wesentlich weiterentwickelt.

3.1. Ökonomische Theorie der Verfassung

Die konstitutionelle Ökonomie untersucht die Eigenschaften unterschiedlicher Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, welche die Entscheidungsträger beschränken und damit maßgeblich beeinflussen. Betrachtet wird somit die geeignete Wahl von Regeln und nicht — wie in der herkömmlichen Theorie — die Entscheidungen bei vorgegebenen Regeln. Dieser Schritt auf eine höhere Analyseebene, vom laufenden politisch-ökonomischen Prozeß auf die Ebene des Grundkonsenses, ist eine zwingende Folge der Annahme, daß alle Handlungsträger ihr Eigeninteresse weitgehend kennen und verfolgen. Ratschläge durch Ökonomen werden deshalb von der Regierung und staatlichen Verwaltung nur berücksichtigt, wenn sie unzureichend über die Möglichkeiten zur Verfolgung ihres Eigeninteresses informiert sind (was selten zutrifft). Weil die Einflüsse im laufenden Prozeß gering ist, stellen Politische Ökonomen Überlegungen darüber an, wie die bestehenden Entscheidungsregeln ausgestaltet werden sollten, damit die als Richtschnur geltenden Präferenzen der Individuen bestmöglich erfüllt werden.

Das Vorgehen der konstitutionellen Ökonomie läßt sich anhand der Besteuerung illustrieren. Die orthodoxe Theorie optimaler Steuern entwickelt Vorschläge, wie eine Steuer auszugestaltet sei, so daß die gesellschaftlichen Kosten der Aufbringung (dead weight costs) minimiert werden. Derartige Vorschläge haben Ökonomen bei jeder Steuerreform vorgebracht. In aller Regel wurden sie nicht beachtet, weil vor allem die organisierten Gruppen ihre Interessen gut kennen und Veränderungen zu ihren La-

sten im politischen Prozeß blockieren. Ein Politischer Ökonom konzentriert sich hingegen auf die im Reformprozeß geltenden Regeln. Wenn in den entscheidenden Parlamentsausschüssen zwar die politischen Anbieter (Regierung und Parlamentarier, die an hohen Steuereinnahmen interessiert sind) und ganz bestimmte Interessengruppen (Wirtschaftsbereiche, Gewerkschaften) stark vertreten sind, fällt das Ergebnis der Steuerreform fast zwangsläufig zuungunsten der nicht (adäquat) vertretenen Steuerzahler und Konsumenten aus. Daher werden auch wohlgemeinte Ratschläge von ökonomischer Seite wenig oder nichts bewirken. Eine Änderung der Entscheidungsregeln, z.B. daß ein Steuergesetz durch die Bürger in einer direkten Volksabstimmung zu bestätigen ist, würde hingegen das Ergebnis beeinflussen, weil die Steuerzahler/Konsumenten nun eine konstitutionell gesicherte Mitbestimmung haben.

Die konstitutionelle Ökonomie ist auch auf viele andere Probleme angewandt worden. Besonders wichtig ist sie für die Gestaltung der Geldpolitik. Ein entscheidender Faktor für eine nicht-inflationäre monetäre Politik ist die Unabhängigkeit der Notenbank. Besteht diese konstitutionelle Garantie nicht, zwingt häufig die Regierung die Zentralbank, die Budgetdefizite mit Hilfe der Notenpresse zu finanzieren. Empirische Untersuchungen haben in der Tat einen negativen Zusammenhang zwischen dem Grad an Unabhängigkeit der Notenbank und der Inflation festgestellt.

3.2. Politische Konjunkturzyklen

Im Anschluß an *Downs* wurde meist unterstellt, daß die Regierung (genauer: deren Mitglieder) die für sie abgegebenen Stimmen maximiert. Zusammen mit einem dynamischen Austauschverhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, bei der die Inflationserwartungen aus der Vergangenheit übernommen wurden (erweiterte Phillipskurve) wurde abgeleitet, daß die Regierung nicht etwa (wie in der keynesianischen Theorie angenommen) die Konjunktur stabilisiert, sondern im Gegenteil aus politischen Gründen aktiv Konjunkturschwankungen erzeugt. Nach den Wahlen wird eine restriktive Politik unternommen, um die Phillipskurve zum Ursprung hin zu verschieben. Etwa zwei Jahre vor den Wahlen wird expandiert, was die Arbeitslosigkeit senkt, während sich die Inflationsrate erst nach dem Wahlzeitpunkt erhöht. Später sind vermehrt Modelle konstruiert worden, in denen die Politikunterschiede entsprechend der Ideologie der an der Macht befindlichen Partei berücksichtigt werden. Implizit wird damit ein Freiraum der Regierung unterstellt. Für die Vereinigten Staaten wurde z.B. empirisch festgestellt, daß der demokratischen Partei zugehörnde Präsidenten die Arbeitslosenquote aus ideologischen Gründen gegenüber republikanischen Präsidenten signifikant senken, hingegen die Inflationsrate und die reale Wachstumsrate merklich erhöhen.

In den letzten Jahren sind die beiden Ansätze verbunden worden, was sich als Maximierung des Eigennutzes der Regierung (wozu auch die Verfolgung einer bestimmten

Ideologie gehört) unter Beachtung der Wiederwählerformidernis als Nebenbedingung formulieren läßt. Damit werden die Modelle des politischen Konjunkturzyklus weniger mechanistisch. Wenn z.B. eine Regierung von ihrer Wiederwahl überzeugt ist, braucht sie keine expansive Politik zu unternehmen, sondern kann sich bereits auf die zukünftige Wahlperiode konzentrieren. Unter diesen Bedingungen ist zu erwarten, daß die ideologischen Unterschiede zwischen den von der Regierung unternommenen Politiken stärker ausgeprägt sind, als wenn die Wiederwahl stark umstritten ist und die Regierung alles tun muß, um ihre Wiederwahl zu sichern. Auf Seiten der Wähler wurden auch rationale Erwartungen eingeführt, was tendenziell die Möglichkeiten einer Regierung, die Wiederwahlchance mit Hilfe eines politischen Konjunkturzyklus zu verbessern, einschränkt, aber nicht ganz verunmöglicht. In diesem Falle wird die Regierung auch verstärkt auf ihre Reputation achten, die sie durch eine glaubwürdige Wirtschaftspolitik aufbaut, während eine abrupte Kehrtwendung nach den Wahlen (wie in den ersten Modellen postuliert) schadet. In ökonomischen Quer- und Längsschnittuntersuchungen haben sich diese (noch) stärker am Rationalverhalten orientierten Modelle als fruchtbar erwiesen. Insbesondere zeigt sich, daß Regierungen nach erfolgter Wahl ihren ideologischen Neigungen nachgehen, sich aber ab Mitte der Wahlperiode um ihre Wiederwahl Sorge machen und eine stärker an den allgemeinen Wählerpräferenzen orientierte Politik unternehmen.

Schon seit Anfang der 80er Jahre ist eine Reihe allgemeinerer politisch-ökonomischer Modelle konstruiert worden, die weniger den Zeitablauf, sondern strukturelle Aspekte betrachten. Insbesondere in europäischen Beiträgen wurden Interessengruppen, Gewerkschaften und die Zentralbank eingeführt.

4. Neue Theorien

Im Rahmen der Public Choice-Analyse haben sich in den 80er Jahren zwei Gebiete entwickelt, die bereits heute nicht mehr aus der allgemeinen Wirtschaftstheorie wegzudenken sind: Der Kampf um Renten (*rent seeking*) und die Anwendung auf internationale Probleme.

4.1. Der Kampf um Renten

Individuen und Firmen unternehmen Anstrengungen, um sich eine Monopolsituation mit den entsprechenden Renten zu sichern. Ähnliche Einkommen ohne produktive Leistung können erzielt werden, indem entsprechende staatliche Regulierungen erlassen werden, oder aber indem man sich direkte Übertragungen (Transfers) aneignet. Die Kontrolle über diese Renten üben Regierungen, Parlamente und öffentliche Verwaltungen aus. Sie werden mittels Wahlkampfbeiträgen, Zusicherungen von Wählerstimmen, Angeboten an Informationen und einer gütlichen Zusammenarbeit und (im Extrem) direkter Bestechung von den Rentensuchenden beeinflusst.

Renten sind überall zu finden; sie werden von den politischen Anbietern auch gezielt geschaffen oder den Geschädigten angedroht, um die erwähnten Zuwendungen zu erhalten. Dabei ist häufig eine Koalition der politischen Anbieter mit den rentensuchenden Produzenten auf Kosten der wenig informierten und schwer informierbaren Konsumenten und Steuerzahler zu beobachten. Wird zum Beispiel der Krankentransport von Parlament und Regierung ausschließlich einem Anbieter zugewiesen, wird er höhere Preise als sich bei Wettbewerb ergeben würden (bei gegebener Qualität der Leistung) verlangen können und somit eine Rente erzielen, im Gegenzug aber die politischen Anbieter unterstützen. Die Konsumenten, die dadurch nur indirekt und individuell belastet werden (über höhere Krankenkassenbeiträge und Steuern) haben wenig Anreiz, sich gegen diese Benachteiligung zu wehren.

Die in diesem Verteilungskampf aufgewendeten realen Ressourcen in Form von Zeit- und Energieaufwand, den Kosten der Organisation einer Interessengruppe und der Anstellung von Interessenvertretern stellen gesamtwirtschaftlich betrachtet eine Verschwendung dar, weil damit nicht zusätzliche Güter und Dienstleistungen erstellt, sondern ein Kampf um ein gegebenes Sozialprodukt ausgefochten wird. Auf der Ebene der Verfassung können jedoch Regeln vorgeschlagen werden, mit denen diese unproduktiven Aktivitäten eingedämmt werden.

Als wirkungsvolle Maßnahme bietet sich die Beseitigung der Möglichkeit, überhaupt Renten zu schaffen, an. In unserem Beispiel wären generelle Regeln (z.B. ein Wettbewerbsgesetz) zu erlassen, die Monopole beim Krankentransport verbieten.

4.2. Internationale Politische Ökonomie

Gemäß der Außenhandelstheorie ist es für die Staatengemeinschaft wie auch für jede einzelne Nation sogar im Alleingang optimal, sich für Freihandel zu entscheiden. In der Wirklichkeit sind jedoch eine Fülle von Handelsbeschränkungen in Form von Zöllen, nichttarifären Hemmnissen und freiwilligen Exporteinschränkungen zu beobachten. Diese Diskrepanz kann im Rahmen einer auf die wirtschaftlichen Aspekte beschränkten Theorie nicht erklärt werden. Daher ist gerade bei Außenhandels-theoretikern (z.B. *Baldwin*) das Bedürfnis entstanden, Public Choice-Theorien zur Erklärung heranzuziehen.

Die „politisch-ökonomische Theorie“ des Protektionismus (oder eingeschränkter die endogene Zolltheorie) führt die Existenz von Handelsschranken auf die ungleiche Fähigkeit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen zurück, den politischen Prozeß zu beeinflussen. Im Gegensatz zur klassischen Außenhandelstheorie besteht in aller Regel kein Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, sondern beides ist jeweils an Protektion in demjenigen Wirtschaftssektor gelegen, in dem sie beschäftigt sind. Empirische Untersuchungen bestätigen, daß fast ausnahmslos die Manager (Produzenten) und die Gewerkschaften am gleichen Strick ziehen. Je weniger Anbieter in einem

importkonkurrierenden Bereich tätig sind, je größer die Zahl der Arbeitnehmer ist, je weniger gut diese bezahlt sind und je schlechter es einem Wirtschaftszweig geht, desto eher kann Protektion durchgesetzt werden. Je erfolgreicher hingegen eine Branche ist und je mehr Unternehmen multinational tätig sind, desto weniger Schutz gegen ausländische Konkurrenz wird erreicht. Protektion ist in Zeiten rückläufiger Konjunktur leichter durchzusetzen, während bei Inflation die politischen Kräfte eher einen Zollabbau begünstigen. Diese Ergebnisse wurden in ökonomischen Untersuchungen belegt.

Auch in der Internationalen Politischen Ökonomie hat sich eine Betrachtung aus dem Gesichtspunkt der konstitutionellen Ökonomie als fruchtbar erwiesen. Internationale Freihandelsregeln, insbesondere die Vereinbarungen im Rahmen des GATT, können als freiwillig eingegangene Verpflichtungen auf der Ebene des Grundkonsenses angesehen werden. Wegen des Einflusses einzelner Interessengruppen hat kein Land einen Anreiz, von alleine die Zölle zu senken, für jedes Land kann es jedoch vorteilhaft sein, sich selbst zu binden und auf Protektionismus zu verzichten, vorausgesetzt die Handelspartner verhalten sich gleich. Bei dieser „internationalen Verfassung“ wird die Spannung zwischen der Ebene des Grundkonsenses und des laufenden politisch-ökonomischen Prozesses besonders deutlich; jedes einzelne Land hat einen Anreiz, sich als Trittbrettfahrer zu betätigen und mehr oder weniger versteckt die Einfuhr ins eigene Land zu benachteiligen. Aus diesem Grund sind — abhängig von der internationalen Konjunkturlage und von den Bedingungen in den einzelnen Ländern — Zyklen im Ausmaß des Protektionismus typisch.

Die „Internationale Politische Ökonomie“ hat sich neben dem Protektionismus und den Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Ländern auch mit dem Verhalten internationaler Organisationen, den Bestimmungsgründen der Entwicklungshilfe und der internationalen Direktinvestitionen sowie mit der Effektivität von Boykotten (Handelskriegen) befaßt.

5. Ausblick

Die „ökonomische Theorie der Politik“ ist ohne Zweifel eine der erfolgreichsten, wenn nicht gar die erfolgreichste neue Richtung innerhalb der Volkswirtschaftslehre der Nachkriegszeit. Viele wichtige Fragen des Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Politik sind erst in Ansätzen oder überhaupt nicht behandelt worden, und die Möglichkeiten der Anwendung der ökonomischen Denkweise auf politische Prozesse ist keineswegs ausgeschöpft. Für Forscher — auch auf der Ebene von Diplom- und Doktorarbeiten — steht noch immer ein weites Feld offen. Allerdings haben in einigen Gebieten, insbesondere der besonders stark formalisierten Theorie der Präferenzaggregation (Social Choice) und der Parteienkonkurrenz nach Ansicht des Verfassers abnehmende Erträge eingesetzt.

Die große Bedeutung von Public Choice auch in der Zukunft zeigt sich gerade im Zusammenhang mit der Europäischen Einigung, der Neuordnung Osteuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands. Die im laufenden politisch-ökonomischen Prozeß dominanten politischen Anbieter (Regierung und staatliche Verwaltung) und die gut organisierten Interessen kämpfen häufig für Lösungen, die die Konsumenten und Steuerzahler kurz- und langfristig benachteiligen. Politische Ökonomen richten ihr Augenmerk deshalb auf die Ebene der Regeln, wo grundsätzlich über die zukünftige Entwicklung entschieden wird. Sie können Regeln vorschlagen, bei denen die schlecht organisierten Interessen (die Konsumenten und Steuerzahler, aber auch viele andere) eine bessere Durchsetzungschance haben, wozu insbesondere ein föderativer Staatsaufbau mit kleinen, überschaubaren Einheiten und eine verstärkte demokratische Beteiligung mittels direkter Volksabstimmungen zählen. Dabei kann auf die (auch im Rahmen der Politischen Ökonomie theoretisch und empirisch untersuchten) Erfahrungen der Schweiz zurückgegriffen werden.

Literatur

Der Stand der Ökonomischen Theorie der Politik ist hervorragend aufgearbeitet in

Mueller, D.C., Public Choice II, Cambridge 1989.

Eine deutschsprachige Darstellung ist

Bernholz, P., F. Breyer, Grundlagen der Politischen Ökonomie, Tübingen 1984.

Grundlegende Beiträge sind gesammelt in

Pommerehne, W.W., B.S. Frey (Hrsg.), Ökonomische Theorie der Politik, Berlin 1979.

Speziell die Chicago-Sicht der Politischen Ökonomie findet sich bei

Stigler, G.J. (Hrsg.), Studies in Political Economy, Chicago, London 1988.

Die ökonomische Theorie der Verfassung ist maßgeblich geprägt von

Buchanan, J.M. (mit *G. Brennan*), The Reason of Rules, Cambridge 1985.

Eine deutschsprachige Anwendung auf die Wirtschaftspolitik ist

Frey, B.S., Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik, München 1981.

Eine Übersicht über Politische Konjunkturtheorien gibt

Nordhaus, W.D., Alternative Approaches to the Political Business Cycle, Brooking Papers on Economic Activity 2 (1989), S. 1-68.

Die Theorie der Rentensuche wird dargestellt in

Tollison, R.D., Rent Seeking: A Survey, in: Kyklos 35 (1982), S. 575-602.

Anwendungen von Public Choice auf den internationalen Bereich werden diskutiert in

Frey, Bruno S., Internationale Politische Ökonomie, München 1985.

WiSt

Vorschau auf Heft 11/1991

Prof. Dr. Dieter Duwendag, Neue Organisationsstruktur der Bundesbank • *Dr. Ulf G. Baxmann und Dipl.-Ök. Christoph Weichsler*, Überlegungen zur Systematisierung von Finanzmärkten • *Dr. Michael Heise*, Das volkswirtschaftliche Produktionspotential • *Prof. Dr. Hermann Schnabl*, Nichtlinearität und Chaos in der Wirtschaft • *Prof. Dr. Volker Trommsdorff u.a.*, Produktinnovationsmanagement • *Dr. Dieter Birnbacher*, Das Marmeladen-Paradoxon • *Ulrike Sörries, M.A.*, und *Dipl.-Volkswirt Bernd Sörries*, Wissenschaftliches Arbeiten mit WORKS